

Jorge Balbis und Rubén Fernandez

Por que manter a cooperação com a America Latina? - Warum soll die Zusammenarbeit mit Lateinamerika fortgesetzt werden?

In allen Analysen der internationalen Entwicklungs-Zusammenarbeit (EZA) ist festzustellen, dass Lateinamerika für die mit Zusammenarbeit befassten Organisationen in zunehmendem Maße seine Bedeutung als Empfänger öffentlicher und privater Mittel verliert.

Bei den Prioritäten der internationalen EZA nimmt Lateinamerika einen immer weniger wichtigen Platz ein, und einige Länder werden schon seit einiger Zeit nicht mehr als Ziele internationaler Zusammenarbeit angesehen. Diese Tendenzen sind die Folge des Zusammentreffens verschiedener Faktoren - zum Teil solcher, die mit der Entwicklung der Region selbst, und anderer, die mit Vorgängen in den Geberländern und in anderen Regionen der Welt zusammenhängen. Es gibt wenig Grund, auch angesichts der derzeitigen weltweiten ökonomischen Krise, anzunehmen, dass sich dieses Bild in Zukunft umkehren könnte.

Selbst wenn diese Entwicklung in der gesamten Region zu Besorgnis und Erschrecken führt, so kann sie doch, aus einer anderen Sichtweise, als Basis dafür dienen, mit neuen Argumenten die derzeitigen Kriterien der internationalen EZA zu hinterfragen - eine extrem nützliche Initiative zum Zeitpunkt einer dringend notwendigen Reform der Struktur der Finanzierung von Entwicklung.

All dies geschieht in einem Kontext, in dem für die Region wichtige Themen - wie beispielsweise die Debatte über "Länder mittleren Einkommens", den "Kampf gegen Armut und Ungleichheit" und andere, globalere Themen, zu denen Lateinamerika (LA) viel beizutragen hat, wie Umwelt und Klimawandel - eine höhere und komplexere Bedeutung bekommen müssen, politisch gesprochen die Bedeutung, die ihnen die Entwicklungs-Zusammenarbeit schon heute zuschreibt.

Lateinamerika in der Falle "mittleres Einkommen"

Ein immer wieder geäußertes Argument zur Rechtfertigung der Kürzung und in einigen Fällen einer groben Streichung der internationalen EZA beruht auf der Tatsache, dass die Mehrzahl der Länder Lateinamerikas bereits Staaten und Gesellschaften sind, die in den Klub des "Mittleren Einkommens" eingetreten sind und daher die Voraussetzungen und Fähigkeit entwickelt haben, ihre Probleme selbst zu lösen. (1)

Dieses Argument wird speziell von der "offiziellen staatlichen Hilfe" verwendet - die offizielle Entwicklungs-Zusammenarbeit und die private und solidarische Zusammenarbeit müssen jedoch nicht den gleichen Regeln gehorchen.

Es gibt einige bemerkenswerte Fälle, in denen Organisationen der Zivilgesellschaft des Nordens ihre solidarische Unterstützung von Ländern und sozialen Organisationen in LA auf der Basis politischer Entscheidungen aufrechterhalten.

Tatsache bleibt, dass die Mehrzahl der Länder im Komitee für Entwicklungs-Zusammenarbeit der OECD beschlossen hat, unsere Region aus ihren Prioritäten auszuschließen. Es gab Fälle, in denen für die internationale EZA zuständige Stellen und Agenturen die Zusammenarbeit einfach beendeten, mit Konsequenzen für Zusammenarbeiten, die auf staatlicher Ebene noch bestanden. Es wurde auch versucht, nichtstaatliche Organisationen zu beeinflussen, das gleiche zu tun. Die intensiven Querverbindungen zwischen offizieller und staatlicher Hilfe und der Umstand, dass für verschiedene nichtstaatliche Organisationen der Staat eine wesentliche Geldquelle ist, kann diese Vorgänge erklären.

Auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen wurden viele Anstrengungen unternommen, die Ursachen herauszufinden, welche Geber zwingen, unsere Region LA in eine Art "Vorhölle" der Entwicklungs-Zusammenarbeit zu verbannen, und zwar auf der Basis des Konzepts des "mittleren Einkommen".

Angesichts der Abnahme oder Beendigung der internationalen EZA mit Ländern "mittleren Einkommens" stellen sich zwei Fragen:

- die Befürchtung dieser Länder, aus den Programmen der EZA vollständig ausgeschlossen zu werden, und
- die Möglichkeit neuer Szenarien für die internationale EZA, die an die Realität dieser Länder besser angepasst sind.

Im Hinblick auf die die erste Frage zeigt sich die Notwendigkeit, aus folgenden Gründen die offizielle EZA mit Ländern "mittleren Einkommens" aufrecht zu erhalten:

- Es leben in ihnen ca. 41% der "Armen" dieser Welt, mit weniger als 2 US\$ / Tag. Wenn man, im Sinne der Millenniumsziele, die Armut beseitigen will, sind Aufwendungen für soziale Zwecke in diesen Ländern notwendig.
- Unsere Länder sind durch äußere Einflüsse extrem verwundbar, als Folge äußerer Schocks oder interner Krisen kommt es häufig zu einem starken Absinken der Lebensbedingungen.
- Lateinamerika leistet einen großen Beitrag zu den für alle Menschen wichtigen Gütern, speziell im Umweltbereich (wie beispielsweise mit Amazonien) - dies würde einen Beitrag der internationalen Gemeinschaft rechtfertigen, der den betroffenen Länder hilft, diese allen Menschen zugute kommenden Güter zu erhalten.
- Das politische und ökonomische Gewicht, das einige Länder in ihrem regionalen Umfeld haben und ihre Erfolge bei ihrer Entwicklung können Vorbildwirkung für andere Länder der Region haben und auch auf das internationale System stabilisierend wirken (Beispiel Brasilien).
- Es ist notwendig, ein System der Entwicklungs-Zusammenarbeit zu konstruieren, das in seinen Anreizen mit den Zielen von "Entwicklung" verträglich ist. Die internationale EZA darf nicht "Erfolge", wie die Anhebung "niederer Einkommen" auf "mittlere Einkommen" positiv bewerten und dabei die negativen Aspekte wie die Schäden an der Umwelt übersehen und so ein perverses System von Anreizen schaffen, das ein moralisches Risiko für die gesamte Entwicklungs-Zusammenarbeit darstellt.

Eine zweite Linie der Argumentation konzentriert sich auf das, was man als "innovative Instrumente zur Finanzierung" bezeichnen könnte und was ein Teil eines Entwurfs zur Zusammenarbeit sein könnte, der der Charakteristik von Ländern "mittlere Einkommens" besser gerecht wird, wie zum Beispiel: Sonderziehungsrechte (des Internationalen

Währungsfonds) für "Entwicklung"; neue internationale Dienste zur Finanzierung; Schuldenerlass im Tausch gegen Verbesserungen bei Gesundheit, Bildung, Umweltschutz etc.

Auch die internationale Fach-Diskussion würde empfehlen, die Länder "mittleren Einkommens" nicht von der internationalen EZA auszuschließen. Hier eröffnen sich nämlich Freiräume für innovative Initiativen, die Bereiche stützen könnten, die sich z.B. für "gutes Regieren", den Kampf gegen Ungleichheit und Armut oder den Klimawandel etc. einsetzen. In dieser Diskussion entstehen auch neue Freiräume, besseres Verständnis und Realisierungsmöglichkeiten für "Süd-Süd-Kooperationen" und "Dreiecks-Kooperationen", mit denen Lateinamerika viel Erfahrung hat.

Mehr als das "Einkommen" ist das wichtigste Argument für die Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika ein politisches

Wenn man die internationale Entwicklungs-Zusammenarbeit als ein Werkzeug zur Lösung der Probleme geringer Entwicklung und Fehlentwicklung, von extremer Armut, Marginalisierung und Diskriminierung sieht, wird sofort klar, dass es in allen Ländern Lateinamerikas - im Hinblick auf ihren traditionellen Beitrag im Kampf gegen Armut und Ungleichheit - mehr als ausreichend Gründe gibt, die die Fortsetzung der Entwicklungs-Zusammenarbeit rechtfertigen.

Der Schwerpunkt der Argumente, die Lateinamerika den Organisationen und Agenturen der Entwicklungs-Zusammenarbeit präsentieren soll, darf sich jedoch nicht auf die Fortsetzung der Finanzierung, oder auf mögliche Kürzungen und deren Folgen für die Lebensbedingungen bestimmter sozialer Gruppen oder Regionen beschränken, sondern muss darüber hinausgehen. Sie muss sich ohne Scheu auf das Gebiet der Politik ausweiten und auf die verändernde Kraft der vielfältigen sozialen und politischen Erfahrungen hinweisen, zu deren Realisierung und Stärkung die internationale Entwicklungs-Zusammenarbeit jahrzehntelang beigetragen hat.

Die von Lateinamerika zu führende Diskussion und die vertretenen Argumente können und dürfen sich nicht auf die finanziellen Mittel konzentrieren. Auch wenn die Besorgnis vieler Organisationen hinsichtlich ihrer Möglichkeiten zu überleben legitim sind, stellt diese Frage für die Mehrzahl der Länder nicht eine zentrale Frage dar.

Die Debatte und die Erarbeitung gemeinsamer Positionen zwischen sozialen Organisationen des Nordens und des Südens müssen unbedingt politisch sein, vor allem bei der Frage der Zusammenarbeit zwischen nichtstaatlichen Organisationen und Gruppen. Sie müssen die Erfahrungen und Resultate auf politischem Gebiet aufwerten und anwenden, die in unserer Region von nichtstaatlichen Organisationen und Netzwerken der zivilen Gesellschaft, die sich für die Fragen des Rechts und seiner Wirkung auf die Demokratisierung von Gesellschaft und Macht einsetzen, gesammelt wurden.

In diesem Sinn rechtfertigt sich ein weiteres Verbleiben Lateinamerikas im Rahmen der internationalen Entwicklungs-Zusammenarbeit nicht nur über seine Not und Probleme, sondern auch, weil diese Region viele Innovationen und Erfahrungen zum Umgang mit den Problemen der Armut und der Entwicklung beitragen kann.

Im Speziellen kann gesagt werden, dass die lateinamerikanische Zivilgesellschaft auch in einem globalen Zusammenhang an Veränderungen mitgewirkt hat. Ihr hoher Grad der Politisierung - im Wesentlichen eine Frucht des Kampfes gegen Diktaturen, um die Rückkehr zur Demokratie und um deren Vertiefung - ihre Fähigkeit zur Erarbeitung politischer Theorien und ihre Umsetzung sowie zur Formulierung innovativer Lösungsvorschläge, geben ihr ein spezifisches Gewicht bei der Diskussion globaler Fragen.

Die Entwicklungs-Zusammenarbeit mit Lateinamerika kann nicht nur einen Beitrag zu sozialen und politischen Erneuerungen leisten, wie z.B. zur Beseitigung von verborgenen Problemen, die durch eine vereinfachende rasterartige Verwendung von makroökonomischen Begriffen verursacht werden (die schon für sich allein betrachtet fragwürdig sind, angesichts einer Wirklichkeit die viel komplexer ist als viele Statistiken glauben machen). Die Weiterführung und Erneuerung der Entwicklungs-Zusammenarbeit mit Lateinamerika kann auch dazu beitragen, dass in die internationale Diskussion Themen aufgenommen werden, die nicht nur für Lateinamerika, sondern für die Welt als Ganzes von entscheidender Bedeutung sind: Einschränkungen des Handels ohne entsprechenden Ausgleich, multinationale Regulierung der multinationalen Firmen, Asymmetrie des Handels, niedere Steuersätze im Interesse global tätiger Sektoren, neue Formen der Ausbeutung von Umwelt und Menschen, Klimaveränderungen etc.

Aus allen genannten Gründen kann der Rückzug der Internationalen Zusammenarbeit aus Lateinamerika als schwerwiegender strategischer Irrtum der für diese Entscheidungen Verantwortlichen bewertet werden. Es erscheint sehr klar, dass diese Region nicht mehr nur finanzielle Hilfe in traditioneller Form benötigt. Es handelt sich um politische, technische und finanzielle Werkzeuge, mit denen die an Erneuerung arbeitenden Kräfte auf die Regierungen Druck ausüben können, Änderungen in Richtung auf mehr Demokratie durchzuführen, zu einer gerechteren, für alle gleichen und nachhaltigen Verwendung der Mittel, nicht nur lokal, sondern auch global. Lateinamerika möchte - und tut es teilweise schon - eine Ort auf der Erde schaffen, der nicht mehr nur passiver Empfänger von Hilfe ist. Es kann und ist verpflichtet, aus eigenem Antrieb, ein aktiver Teilnehmer an Veränderungen im eigenen Land und auf der ganzen Welt sein.

Die Entwicklungs-Zusammenarbeit mit Lateinamerika kann somit eine sehr positive katalysierende Wirkung ausüben, sie muss sich aber der Herausforderung stellen, ihre Anstrengungen zu verstärken und ihre Zielsetzungen und ihre Praxis zu erneuern.

Autoren: Jorge Balbis, Uruguay, "secretário executivo da "ALOP - Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción al Desarrollo" e "coordenador da Red sobre a Realidad de Ayuda"; Rubén Fernández, Kolumbien, "presidente da Corporación Región, Medellín" e "diretor regional da ALOP"

Originaltext: LE MONDE diplomatique BRASIL, Encarta especial agosto 2011 "BRASIL, AMÉRICA LATINA E A COOPERAÇÃO INTERNACIONAL",
download http://captacao.org/recursos/pdfs/encarte_lemonde.pdf

Aus dem brasilianischen Portugiesisch von Annemarie und Klaus Behmel

Fußnote 1 (gekürzt):

Länder-Klassifikation durch die Weltbank nach dem Bruttoinlandsprodukt/Kopf /Jahr in US\$:
unter 1.005 niederes Einkommen; 1.006 - 3.975 mittleres Einkommen unterer Teil; 3.976 -
12.275 mittleres Einkommen oberer Teil; über 12.276 hohes Einkommen;
weltweit werden 48 Staaten mit "mittlerem Einkommen" klassifiziert, von den 34 Ländern
Lateinamerikas 33 (einzige Ausnahme: Haiti mit "niedерem Einkommen").

Anmerkung der Übersetzer zu Brasilien (Zahlen gerundet):

von den 200 Millionen Einwohnern leben 36 Millionen (mehr als die Einwohner von Uganda)
mit maximal 140 Reais/Monat (2,0 €/Tag) in "Armut"; davon 16 Millionen (mehr als die
Einwohner von Niger) mit weniger als 70 Reais/Monat (1,0 €/Tag) in "extremer Armut".

Quellen: www.inesc.org.br/library/biblioteca/textos/livros/present-and-future-tendencies-in-brazilian-international-cooperation-and-the-role-of-ecumenical-agencies-1/ (Seite 10) und
www.cartacapital.com.br/economia/brasil-tem-162-milhoes-na-pobreza-extrema/